

Merseburger Correspondent.

Erseht:
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Geschafts-Kelle: Deigrabe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 167.

Mittwoch den 24. August.

1892.

Für den Monat September werden Abonnements
auf den

Merseburger Correspondent
zum Preise von 40 resp. 42 Pfg. von allen Post-
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Die Ansprache des Kaisers und die Militärvorlage.

Daß der Kaiser am Donnerstag nach der Berliner
Herbstparade eine Ansprache an die Generale und
andere höhere Offiziere gerichtet hat, in der er sich
auch über die in den letzten Monaten viel besprochene
Militärvorlage, die zweijährige Dienstzeit und die
Compensationen bei Einführung derselben geäußert
hat, unterliegt keinem Zweifel. Leider aber fehlt es
bisher an einer authentischen Wiedergabe der offenbar
für weite Kreise bestimmten Ansprache. Nach der
ersten Angabe der „Nat.-Ztg.“ hätte der Kaiser er-
klärt, alle Gerüchte über die bevorstehende Einführung
der zweijährigen Dienstzeit seien unbegründet; er wolle
lieber eine kleinere Armee mit längerer Dienstzeit als
eine größere mit einer kürzeren. Obgleich die
„Kreuztg.“ diese Angabe in der Hauptsache bestätigen
zu können glaubt, scheint doch die „Polit.“ das Richtige
getroffen zu haben, indem sie bemerkt, die Militärvorlage
der „Nat.-Ztg.“ sei mit großer Vorsicht aufzunehmen.
Zunächst brachte die „Berl. Vorf.-Ztg.“ eine Version,
nach der der Kaiser die Aufrechterhaltung der best-
ehenden Armeeorganisation als bei der außerordentlich
friedlichen Weltlage unbedingt bezeichnet hätte, eine
Verzögerung, die mit einer prinzipiellen Ablehnung
der zweijährigen Dienstzeit nicht in Einklang zu bringen
ist. Denn wenn eine kleinere Armee mit längerer
Dienstzeit einer größeren mit einer kürzeren aus rein
militärischen Gründen vorgezogen werden muß, so
kommt die friedliche Weltlage gar nicht in Betracht.
Zwischen wird eine neue Version bekannt, welche
diesen Widerspruch und noch manchen anderen löst.
Wie dem „Hamb. Corr.“ mitgeteilt wird, ging die
Aussprache des Kaisers über die Dienstzeit dahin, daß
er, so lange der Reichstag zu großen mili-
tärlichen Bewilligungen nicht bereit sei,
an dem bewährten System seines Großvaters nicht
rütteln lassen wolle. In diesem Zusammenhang erklärt
er sich dem Hinweis auf die außerordentlich friedliche
Weltlage, weshalb der Kaiser den jetzigen Zustand,
obgleich er denselben als einer Verbesserung bedürftig
ansehen, für zureichend erachtet, falls der Reichstag die
in Aussicht genommenen großen Compensationen bei
Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen
nicht oder wenigstens nicht in dem erwünschten Um-
fange gewährt. Ist diese Meldung zutreffend, so ge-
winnt die Ansprache des Kaisers eine ganz andere
Bedeutung. Ablehnen kann der Reichstag die bei
Einführung der zweijährigen Dienstzeit verlangten
Compensationen nur, wenn dieselben von ihm in
einer Regierungsvorlage gefordert werden. In dem
Augenblick aber, wo der Kaiser den Generalen gegen-
über die Frage aufwirft, ob der Reichstag eine solche
Vorlage annehmen werde oder nicht und was im
letzteren Falle zu thun sein würde, muß der Reichstag,
diese Vorlage alsbald an den Reichstag zu bringen,
festhalten. Darnach wäre also die Einbringung der
neuen Militärvorlage, welche unter Abänderung des
Wehrgesetzes die Dienstzeit für die Fußtruppen generell
auf zwei Jahre herabsetzt und „die großen militärischen
Bewilligungen“, die nach der Auffassung der Militär-
verwaltung in Folge der Herabsetzung der Dienstzeit
notwendig sind, verlangt, schon in der nächsten
Sitzung zu erwarten. Es wird also Sache des Reichs-
tags sein, zu erwägen, ob die wirtschaftlichen Vor-
teile der zweijährigen Dienstzeit, die Herr v. Bennigsen
f. J. als ungeheuer populär bezeichnete, große
militärische Wehrforderungen aufwiegen. Welches
find diese Compensationen? Bei der Beratung der

Windthorst'schen Resolutionen in der Sitzung vom
24. Januar 1890 erklärte der Reichstanzler zu der
Resolution, welche die Regierungen auffordert, die ge-
setzliche Ermäßigung der Dienstzeit bei den Fußtruppen
in Erwägung zu nehmen: „Aus den Erörterungen,
die darüber stattgefunden haben, wird, glaube ich,
auch der begeisterte Schwärmer für die zweijährige
Dienstzeit doch die Ueberzeugung gewonnen haben,
daß die Sache ihre zwei Seiten hat. Schon die eine
Seite — daß sie nicht mal für alle Waffen durch-
führbar ist — denn das erkennen Sie auch selbst an,
daß wir einige Waffen kurz, andere Waffen länger
dienen lassen müßten — ist eine im höchsten Grade bedenk-
liche. Selbst wenn man der 2-jährigen Dienstzeit
zuerst, muß man zugeben, daß da Konsequenzen
auf diesem Boden entstehen können, die sich noch
gar nicht absehen lassen. Es giebt zweifellos Sol-
daten, die die volle 2-jährige Dienstzeit, also 24 Mo-
nate, activ bei der Fahne auch für die Fußtruppen
dem jetzigen Zustande vorziehen möchten. Wir haben
jetzt eine ungleiche und zum Theil längere Dienstzeit,
behaftet mit allen Mängeln, die dem Dispositions-
urlaubertum anhaften, behaftet mit Ersatzreserven.
Ich glaube, wenn eine zweijährige Dienstzeit voll ge-
boten würde, wenn diese Dinge davon getrennt werden
könnten, wenn da die Compensationen gegeben würden,
von denen schon gesprochen ist, daß dann mancher
Soldat dem zukünftigen würde.“ Mit anderen Worten:
die Dispositionsurlaubertum würden, anstatt bisher 22½
Monate, in Zukunft 24 Monate dienen, die bisher
Dreijährigen anstatt 34½ Monate nur 24 Monate.
Dagegen würden die Ersatzreserven anstatt jetzt 10
Wochen in Zukunft die volle 24 monatliche Dienst-
zeit anhalten müssen. Die weiteren Compensationen
hat General Vogel v. Falkenstein in seiner bekann-
ten Darlegung in der Budgetcommission im Einzelnen
bezeichnet unter der Voraussetzung, daß eine Ver-
minderung der Friedenspräsenzstärke nicht eintreten
dürfte. Er forderte je 1 Offizier per Compagnie,
also je 4 Secondelieutenants bei 318 Bataillonen;
ferner je 20 Unteroffiziere; eine Erhöhung der Uebungs-
munition um 50 pCt., eine Verlängerung der
Wiederholung der Herbstübungen, die Vermehrung der
Uebungen des Beurbaubienstandes und berechnete
die dauernden Mehrausgaben auf 19,8 Millionen
Mark jährlich. Dazu sollten in Folge der bei Ein-
führung der zweijährigen Dienstzeit notwendigen
grundfähigen Kasernierung aller Mannschaften, der
Vermehrung der Schießstände und der Uebungsplätze
eine einmalige Mehrausgabe von mindestens 110
Millionen Mark kommen. Uebrigens würde es un-
erlässlich sein, allen Abkommandirungen während der
zweijährigen Dienstzeit ein Ende zu machen, wodurch
eine weitere Erhöhung der Reserveneinstellungen not-
wendig wird. Zweifellos ist das Maß der großen
militärischen Wehrforderungen hiermit noch nicht er-
schöpft. Sind doch in der Presse die jährlichen
Mehrausgaben der neuen Militärvorlage auf nicht
weniger als 63 Mill. Mk. berechnet worden. Worauf
diese Berechnung im Einzelnen beruht, ist uns nicht
bekannt. Wie man sich erinnert, war auch von einer
erheblichen Vermehrung der Feldartillerie (um 60
Batterien) die Rede. In wie weit diese und andere
Forderungen mit der zweijährigen Dienstzeit im Zu-
sammenhang stehen, entzieht sich unserer Kenntnis.
In dieser Hinsicht also wird man die Einbringung
der Vorlage im Reichstage abwarten müssen oder
jedenfalls eingehendere Mittheilungen, als bisher an
die Öffentlichkeit gelangt sind.

Politische Uebersicht.

Die Einberufung der **österreichisch-ungari-
schen** Delegationen wird nach einer Meldung
der „Polit. Correspond.“ zum 1. October nach Wei-
ersdorf. — Die Differenzen zwischen Oester-
reich und dem Vatikan scheinen in der That
in das Stadium des gütlichen Ausgleichs gelangt zu
sein. Die Meldung des Triester Blattes „Piccolo“,
wonach der Kaiser von Oesterreich in dieser Angelegen-

heit ein versöhnliches Schreiben an den Papst gerichtet
haben sollte, hat sich allerdings nicht bestätigt. Da-
gegen hat man sich im Vatikan entschlossen, mildere
Seiten aufzudecken. Der österreichisch-ungarische Bot-
schafter beim Vatikan, Graf Reverte, welcher am
Sonnabend einen zweimonatlichen Urlaub antrat,
wurde vorher in besonderer Audienz vom Papste emp-
fangen, dem er die Glückwünsche zu seinem Namens-
tage darbrachte. Der Papst war sehr freundlich und
sprach die Hoffnung aus, daß die kirchlichen Angelegen-
heiten Oesterreich-Ungarns bald zur beiderseitigen
Zufriedenheit sich klären werden.

Der **russische** Finanzminister Wjshne-
gradski wird nun doch auf seinem Posten ver-
bleiben. Bisher wurde allgemein angenommen,
Wjshnegradski werde zurücktreten und an seine
Stelle der bisherige Verkehrsminister Witte treten.
Gutem Vernehmen nach ist indes jetzt in einer
Audienz, welche der Kaiser am Sonnabend dem
Finanzminister Wjshnegradski erteilte, über das
Demissionsgesuch des Letzteren dahin entschieden wor-
den, daß Wjshnegradski Finanzminister
bleibt, von dem bisher vom Finanzminister resor-
tierenden Departements aber dasjenige der Felle, sowie
diejenigen für Handel und Manufacturen und für
Eisenbahnangelegenheiten an den Vizepräsidenten des Ver-
kehrsministeriums Witte abtritt. Witte würde, wie
verlautet, zum Minister für Handel und Communi-
cationen ernannt werden.

Die **Entsendung französischer Kriegs-
schiffe** behufs Theilnahme an der Columbus-
feier in Genua war der italienischen Regierung
seitens Frankreichs bereits vor einigen Wochen anti-
cipal mitgeteilt worden. Der Marineminister Durand
hat nunmehr bestimmt, daß die erste Division des
Mittelmeergeschwaders, bestehend aus den Panzer-
schiffen „Formidable“, „Admiral Baudin“, „Courbet“
und dem Kreuzer „Cosmao“, unter dem Commando
des Viceadmiral Ricquier nach Genua abgehen soll,
um daselbst vom 8. bis 10. September zur Be-
grüßung des Königs Humbert anwesend zu sein. —
Der Mißerfolg des franko-russischen Wohl-
thätigkeits-Comitees ist ein geradezu ver-
nichtendes. Der Arbeitsminister Bierte hat dem
Comitee des franko-russischen Wohlthätigkeitsfestes
eine weitere Benützung des Zuleitens-Gartens nicht
bewilligt, weshalb dasselbe Sonntag Abend geschlossen
wurde. Das Fest schließt mit einem Deficit ab,
welches etwa 100 000 Francs beträgt. — Dbliga-
torischer Unterricht im Russischen ist, wie
der „Post. Ztg.“ gemeldet wird, vom französischen
Unterrichtsminister Bourgeois für die französischen
Gymnasien mit Beginn des neuen Schuljahres
verfügt worden. In Rußland wird man diesen Akt
der Freundschaft nach Gebühr zu schätzen wissen.

Aus dem neuen **englischen** Kabinett wird
gemeldet, daß Gladstone London bereits am Sonn-
abend verlassen hat. Der Minister des Auswärtigen,
Lord Rosebery, empfing am Sonnabend dem Her-
kommen beim Amtsantritt eines neuen Ministers in
dieser Stellung gemäß das diplomatische Corps.

Ein interessantes **Interview** Stambulows
veröffentlicht der „Figaro“, worin es heißt: Stam-
bulow habe die von der „Swoboda“ publicirten Do-
kumente für echt erklärt und geäußert, daß bald
weitere erbauliche Schriftstücke dieser Art
veröffentlicht werden würden. Das **bul-
garische** Volk theile seine Anschauungen, weil es
seine Unabhängigkeit von Rußland bedroht fühle.
Vor zwei Jahren habe er bei Rußland die offizielle
Anerkennung Bulgariens nachgehakt. Der Journalist
Tatitschew habe ihm darauf folgende Bedingungen
überbracht: In der Politik russische Inspiration, an
der Spitze der Armee russische Offiziere und eine
russische Flotte in Burgas. Er, Stambulow, habe
geantwortet: Dann bliebe dem Jaren nur übrig, auch
die bulgarischen Steuern selbst einzufahren.

Neue **Conflicte** sind zwischen der **argentin-
ischen** Volksvertretung und der Regierung
ausgebrochen. Bei der Beratung des Marinebudgets

weigerte sich der Marineminister eine an ihn gerichtete Interpellation zu beantworten, zugleich äußerte sich derselbe der Kammer gegenüber in einer Weise, die von der letzten als beleidigend betrachtet wurde. In Folge dieses Zwischenfalls ist eine Spannung zwischen der Regierung und der Volkvertretung eingetreten. Der Londoner „Standard“ meldet aus Buenos Ayres vom 20. d. M., der Präsident Pellegrini sei in Folge des zwischen der Regierung und dem Congresse entstandenen Zwistes von seinem Posten zurückgetreten; der Congreß habe darauf Saenz Pena, welcher wie jüngst gemeldet, zum Präsidenten gewählt wurde, erwählt, die Präsidentschaft jetzt schon anzutreten.

Aus **Bolivia** meldet der „New-York Herald“ das Baptista zum Präsidenten der Republik Bolivia gewählt worden ist. Zugleich bestätigt die Meldung die Verhängung des Belagerungszustandes über Bolivia.

Aus dem **Kongogebiet** sind bei der Kongo-Regierung und den Handelsgesellschaften in Brüssel jetzt die ersten ausführlichen Nachrichten über die dortigen Zustände eingegangen, die aber auch lediglich eine kurze Bestätigung der allgemeinen Aufstandsbewegung der Araber dort enthalten. Ueber die Kämpfe wird nur kurz mitgeteilt, daß ein Anfall durch die Araber erfolgt sei. Aus Katanga hat bei in Antwerpen eingetroffene Steamer „Lulu Dohlen“, aus Boma kommend, die Nachricht gebracht, daß zwei der als dort abgegebenen Agenten der Katanga-Gesellschaft entlohen seien. — In dem Streit der Kongoregierung mit Frankreich hat die letztere mit der Antwort auf die Note des französischen Ministers des Neußen, Ribot, gutem Vernehmen nach bemerkt, daß die Regierung noch keine Nachricht über die Ermordung Boumayrac's am Kotofluße erhalten habe. Wenn Boumayrac wirklich auf dem von Soldaten des Kongostaates besetzten Gebiete ermordet wäre, so würde die Regierung bereits Mitteilung davon erhalten haben. Der Kongostaat habe nicht eine einzige vervollkommnete Schußwaffe an Eingeborene geliefert.

Stambulow's Empfang durch den Sultan hat, wie vorauszusehen war, in russischen Regierungskreisen überaus unangenehm berührt. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die **türkische** Regierung syontan dem russischen Vertreter in Konstantinopel Mittheilungen über die Gründe gemacht habe, weshalb der Sultan Stambulow empfangen habe. Jetzt stellt sich heraus, daß Ausland einen starken Druck auf die Pforte geübt hat, um berartige Erklärungen zu erhalten. Die „Agence de Constantinople“ erfährt, daß der russische Geschäftsträger sich am Freitag auf die Pforte um Aufklärung über die Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulow nach Konstantinopel gewendet habe. Wie man russischerseits versichert, wäre die erbetene Aufklärung vollständig befriedigend gewesen. Die Pforte hätte der Reise Stambulow's jede politische Bedeutung abgesprochen. — Das glaubt doch wohl die russische Regierung selber nicht.

Das Schiedsgericht in der Behringsmeerfrage haben die streitenden Parteien, England auf der einen und die **Vereinigten Staaten** von Nordamerika auf der andern Seite, bekanntlich Italien übertragen. Jetzt wird gemeldet, daß der frühere Minister des Auswärtigen, Senator Visconti Venosta, zum italienischen Schiedsrichter in der Behringsmeerfrage ernannt worden ist.

Deutschland.

Berlin, 23. August. Der Kaiser unternahm gestern Morgen einen etwa zweistündigen Spazierritt und hörte hierauf den Vortrag des Chefs des Civilkabinetts. Später empfing der Monarch den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrathes und nahm die regelmäßigen Marinevorträge entgegen. — Die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht sind bisher zurückgekehrt.

(Minister Herrfurth,) so erfährt die „Schlesische Ztg.“, gedenkt diesen Sonnabend zur Kur nach Karlsbad und nach derselben zur weiteren Erholung nach Italien zu reisen, von wo er zu Beginn der Landtagsession nach Berlin zurückkehren wird, um hier dauernd seinen Wohnsitz zu nehmen. In den Staatsdienst wird Herr Herrfurth nicht zurücktreten, seine Kräfte vielmehr in den Dienst der öffentlichen Wohlfahrt stellen. Die Entlassung ist demselben von dem Könige unter dem Ausdruck lebhaften Bedauerns und unter Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen im Staatsdienste überhaupt und als Minister insbesondere bewilligt worden. Das Angebot einer Oberpräsidentenstelle glaubte Herr Herrfurth um bewilligen abzulehnen zu müssen, weil er Werth darauf legte, in Berlin zu wohnen.

(Dem Bundesrath) soll der „Post“ zufolge bei seinem Wiederzusammentritt Ende September ein Entwurf für Ausnahmeverordnungen betreffend die Sonntagsruhe in gewerblichen Anlagen zugehen. Es handelt sich dabei um die Ausführung des § 105 a, wonach für bestimmte Gewerbe, insbesondere für Betriebe, in denen

Arbeiten vorzukommen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten, sowie für Betriebe, welche ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt sind, oder welche in gewissen Zeiten des Jahres in einer außergewöhnlich verstärkten Thätigkeit genöthigt sind, durch Beschluß des Bundesraths Ausnahmen der Bestimmung des § 105 b Absatz 1 (Betrieb von Bergwerken u. s. w.) zugelassen werden können. Auf die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe bezieht sich dieser Vorbehalt nicht. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Arbeiter in gewerblichen Betrieben sollen, wie es heißt, am 1. October in Kraft treten.

(Verhufs Neuorganisation der Staatsbahnverwaltung) und sei der Lösung ihrer Aufgabe bereits näher getreten, so daß möglicher Weise schon bei der nächsten Staatsberatung des Bundesrathes entsprechende Vorarbeiten vorliegen würden.

(Zur Dienstpensionsfrage.) Nach einer Breslauer Mittheilung der „Ztg.“ hätte die Gewährung von Dienstpensionen von 1000 Mk. an Unterofficiere, die 12 Jahre im aktiven Dienst stehen, im Beir der schlesischen Reservecorps keinen Einfluß auf die Zahl der Capitulanten geübt und werde deshalb eine Aufhebung der Pensionen, bez. eine frühere Gewährung derselben oder eine Erhöhung der Gage bevorzugen. In der Budgetcommission des Reichstags hat im letzten Winter Major Gaede mitgeteilt, daß im Jahre 1891 die Zahl der Capitulanten sich um 234 vermehrt habe, das Manquement von 7,9 auf 6,1 Prozent zurückgegangen sei. — Dabei wurde hervorgehoben, daß genügende Erfahrungen über die Wirkungen der Dienstpensionen noch nicht vorlägen.

(Zur Militärvorlage) schreibt die „Post“: „Wir glauben annehmen zu dürfen, daß der nächste Militärretat eine weiteren belangreichen Neuordnungen bringen werde als für Zwecke der Kasernierung und des Artillerie-Materials, wozu in früheren Etats die Bahn betreten ist.“ Selbstverständlich können die Nachwirkungen einer neuen Militärvorlage auf den Militärretat erst nach der Genehmigung der letzteren und in Form eines Nachtragsretats hervortreten. Abgesehen davon, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen nicht wohl mit einem Schlagschlag erfolgen kann, wird es unerlässlich sein, vorher die Mittel zur Deckung der Mehrausgaben zu beschaffen und zwar unter Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs, da ein Rückgriff auf die Materialbeiträge mit Rücksicht auf die Finanzen der Einzelstaaten ausgeschlossen ist.

(Zur Aufbesserung der Lage der Volksschullehrer) ist, wie die „Nord. Allgem. Ztg.“ offiziös mittheilt, gutem Vernehmen nach seitens der Unterrichts-Verwaltung angeregt worden, eine größere Summe in den Etat einzustellen. — Diese Meldung wird allgemein überraschend nach der Stellungnahme, welche noch vor kurzem die Regierung gegen die gemeinsamen Petitionen der Lehrer um Aufbesserung ihrer Lage eingenommen hatte. Gegenüber diesen Petitionen sprach man von frivoler Agitation. Die jegige offiziöse Ankündigung giebt aber das Gegentheil, daß die Forderungen der Lehrer nicht nur berechtigt, sondern auch erfüllbar sind.

(Eine höhere Biersteuer) empfiehlt der konservativ „Reichsbote“, indem er meint, eine höhere Biersteuer würde nicht das Bier verteuern. Denn die geringe Biersteuer komme in Preußen lediglich den Bierbrauern zu Gute. Hieraus „erklärt es sich, daß die norddeutschen Brauereien so ungünstigen Gewinn machen und ihren Actionären so folsale Dividenden bezahlen können. In Bayern müssen die Brauereien nahezu dreimal so viel Steuern bezahlen und doch ist das Bier billiger als bei uns. In München kostet in den feinsten Localen das Seidel besten Münchener Bieres 12 Pf., in Berlin dagegen kostet das gewöhnliche Berliner Bier 15 und 20 Pf.! Die geringe Biersteuer nützt also dem Publikum gar nichts.“ — Hierzu bemerkt die „Frk. Ztg.“: Was zunächst die Brauereien anbetrifft, so sind es nur einzelne große Brauereien, welche aus besonderen Gründen eine große Dividende abwerfen. Ein uns gerade vorliegender Gutzetel weist die Curse der Actien von 36 Brauereien auf. Darunter haben 1891 10 gar keine Dividende erzielt, 10 andere eine Dividende bis einschließlich 5 pCt. und nur 16 eine höhere Dividende. Die Zahl der Brauereien überhaupt nimmt mit jedem Jahre ab. Eine Erhöhung der Biersteuer würde für Tausende von kleinen und mittleren Brauereien in Norddeutschland geradezu ruinös werden. Was das angeführte Beispiel von Bayern betrifft, so ist dasselbe in keiner Weise maßgebend. In Bayern werden auf den Kopf der Bevölkerung 258 Liter Bier im Jahre getrunken, in Norddeutschland nur 84. Dieser starke Konsum steht

in Verbindung mit einer sehr lebhaften Frequenz öffentlicher Localen zu allen Tageszeiten. Da man gleichzeitig an die Beschaffenheit dieser Localen weit geringere Anforderungen stellt als in Norddeutschland, so ist der Aufschlag für Geschäftskosten in Bayern ein viel geringerer, als er in Norddeutschland notwendig sein muß. Eine Erhöhung der Brausteuer würde für Norddeutschland geradezu als Prämie wirken für die Vermehrung des Brauweinens. Das könnte nachgerade auch ein konservativeres Vorkommen wie der „Reichsbote“ begreifen. — Gegen eine Neuregelung der Biersteuer hat sich der bayerische Reichstags-Abgeordnete Dr. Driserer (Centrum) in einer Bauernversammlung in Lintenhäusen am Sonntag ausgesprochen, das Centrum werde einer solchen als Verletzung des bayerischen Refervats entschieden entgegenstehen.

(Aus Baden) wird uns geschrieben: Wenn auch nach den Mittheilungen über Neuerungen des Kaisers zu entnehmen ist, daß die Militärvorlage mit einer 60 Millionen-Budget-Erhöhung noch nicht feststeht und mithin die Finanzmänner sich die Köpfe nicht zu zerbrechen brauchen, wo die Gelder hergenommen werden sollen, so ist man doch wegen des Mehrbrutens des Tabaks in ansehnlichem Maße wieder auf Neue beunruhigt. Weis man doch nun bestimmt, daß der derzeitige Finanzminister Preußens, den unterherrschende Partei als den Heringen, als den Vater der Wiedererhebung zu Heibelberg so hoch verehrt, dem Tabak wirklich ein Mehrbruten zugebeht hat und auch nicht zurückstößt vor dem Plan, etwa den Mehrertrag aus dem Tabak durch ein Verbot des Tabakhandels zu erzielen. Man man von irgend welcher Seite zweifeln oder Zweifel heucheln, daß der Plan bestand oder besteht, so macht alle diese Zweifel der Umstand zu Schanden, daß die offiziöse „bayerische Correspondenz“ Stellung zu der Angelegenheit in einer Weise genommen hat, wie die bayerische Regierung etwa derartige Vorlagen im Bundesrath sämstigen wird. Die neue Branntweinsteuer, die manchen bayerischen Bauern schwer schädigte, die man mit Liebesgaben für die großen Branntweinbrenner im Osten gern an, weil man damit den eigenen Staatsfiscal zu füllen gedachte und auch füllte, aber bei der Tabakfrage im neuesten Stadium scheint es doch der bayerischen Regierung warm zu werden. Für keinen anderen deutschen Staat hat im Verhältnis die Tabaksteuer und der Tabakzoll so viel Interesse als wie für Baden, da hier so erheblicher Tabakbau, Tabakhandel und Cigarrenfabrikation zu Hause ist, wie sonst nirgends. Bei Durchführung des Plans mit Verbot des Tabakhandels und Erhöhung der Einfuhrzölle, würden alle Faktoren, die mit dem Tabak beschäftigt sind, großen Schaden erleiden und es wäre für einzelne Theile Badens eine unübersehbare Calamität. Der Branntweinsteuer stimmte man aus Selbstsicht zu: aber man mußte auch Mittel schaffen für die in Hurabstimmung bewilligten Ganernte von Millionen für den Militärzweck. Wie aber denkt man in nationalliberalen Kreisen über den Letzteren heute in Baden? Noch fast genau so wie 1887 und deshalb gilt es, mit aller Macht diesen Nationalliberalen den Boden abzugraben und die breiten Massen zu belehren, wie verkehrt sie sich lange Zeit führen ließen. Die Tabakfrage wird ein Werkzeug mehr sein, um zu beweisen, wohin die Politik des alten Kurfes, dem man bisher leider trotz unserer Bismarckandereit Klagen nur zu treu blieb, führte und weiter führen wird.

Volkswirtschaftliches.

(Zur Beschaffung von Arbeiterwohnungen) soll nunmehr auch ein Theil des Vermögens der schlesischen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt verwandt werden. Wie die „Schles. Zeitung“ mittheilt, beabsichtigt der Vorstand der betr. Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt, dem voraussichtlich im October d. J. zu einer Sitzung zusammenzutretenden Ausschusse der Versicherungsanstalt eine sich darauf beziehende Vorlage zu machen.

(Zollfreiheit für die Ausstellung in Chicago.) In Verantwortung bezüglich Anfragen des deutschen und des türkischen Verkaufsstellungs-Commissars hat das Finanz-Ministerium der Vereinigten Staaten erklärt, auf Ausstellungsgegenstände einschließlich der Einballage werde nur dann Zoll erhoben werden, wenn dieselben während oder nach Schluß der Ausstellung von den Ausstellern verkauft würden.

(Der IV. internationale Eisenbahncongreß) ist Sonnabend Nachmittag in Petersburg in dem geschmückten Saale der Adelsgesellschaft eröffnet worden. Der Vorkeser des Verkehrsministeriums Witte begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, worin er die große Bedeutung der Eisenbahnen hervorhob, welche der stärkste Hebel der Civilisation und das sicherste Mittel seien, die Völker einander zu nähern. Die Arbeiten der Eisenbahncongresse, welche auf die Vervollkommnung dieses Mittels abzielten, würden deshalb von der ganzen Menschheit

Probung und Umgegend.

II Halle, 23. August. Am Sonntag Abend setzte sich vom Halteplatz Nainischer Platz ein Motorwagen ohne Führer, der mal auf kurze Zeit abgetreten war, in Bewegung und fuhr in scharfen Tempo den Steinweg hinunter. An der Wechselstelle Nainischstraße rief derselbe so heftig gegen den ihm entgegenkommenden Motorwagen, daß beide Wagen arg beschädigt wurden und auszurichten werden mußten. Auf der Fahrt den Steinweg hinunter sprangen die Insassen, ein älterer Herr und eine Frau mit ihrem Kinde, aus dem Wagen, überschlugen sich auf dem Pflaster und trugen verschiedene Verletzungen davon. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt, daß der Führer des Wagens bei seinem Fortgange übersehen, die Kurbel der Bremsvorrichtung abzunehmen und die Vorrichtung selbst abzustellen. Von den Passagieren mag jemand, ob abständig oder nicht, die Kurbel herumgedreht haben, wodurch die Bremse gelockert wurde und so den Wagen in Bewegung setzte. Ein Glück, daß nicht noch weiteres Unheil vorgekommen ist. — Durch eigene Unvorsichtigkeit zog sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bei Eröllwitz ein Bergmann von dort eine erhebliche Verletzung zu. Derselbe nahm das geladene Zehin seines Begleiters in die Hand und manipulierte damit. Dabei entlud sich das Gewehr und drang die Ladung dem Unvorsichtigen in die rechte Schläfe. Man schaffte den Verletzten sofort nach der hiesigen Klinik; es ist leicht möglich, daß derselbe am Leben erhalten bleibt, wogegen das die Verletzung eine sehr schwere ist. — Bei dem Auszuge eines sozialdemokratischen Arbeitervereins, welcher am Sonntag nach der Dölauer Saide stattfand, wurde ein Teilnehmer daran von einem eigenen Mitgliede betroffen. Derselben floh bei dem Vortrag eines Liedes eine Biene direct in den Mund und stach ihn. Die Folge davon war, daß der Schlund zusehends entzündet wurde und mußte der Verletzte, um einem Eitrittsgefahr zu entgehen, schleunigst nach hier zurückfahren und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

† In Weipensfels hat sich dieser Tage auf einem Floß in der Saale der Hilfsbremser Beyer von dort erschossen. Liebesgram soll die Veranlassung zu dem Selbstmord sein. — Beim Baden in der freien Saale bei Keßling ertrank am Sonntag der 15 jährige Sohn des Schuhmachers Andrae aus Weipensfels.

† Beim Baden in der Elbe ertranken in Ranies zwei Geshirfführer, trotzdem der eine von ihnen schwimmen konnte.

† Auf einem zum Rittergute Geyenbain gehörigen größeren Gelände ist durch Bohrungen ein umfangreiches Kohlenlager aufgefunden worden. Die Bohrversuche haben ergeben, daß die Bodenverhältnisse zum Abbau sehr günstige sind und das Kohlenlager eine Mächtigkeit von über 10 m hat. Ferner befindet sich auf dem Terrain ein Thonlager von seltener Mächtigkeit und Güte des Materials und zwar zu Tage liegend. Rittergut Geyenbain gehört zum freiherrlich v. Kriesen'schen Fideicommiss.

† Ueber den bereits kurz gemeldeten großen Brand in dem hessischen Städtchen Sontra berichtet die Hessische Morgenzeitung noch folgendes: Das Feuer entstand am Sonnabend Nachmittag 5^{1/2} Uhr und breitete sich ungemein rasch aus. Zuerst wurde das Haus des Wirthes Göbel am Markt von den Flammen erfaßt. Fast gleichzeitig bemerkte man aber auch, wie Häuser in der Vätergasse und am Steinweg brannten. Nach mehreren Stunden freuten aus mehr als 20 Häusern mächtige Feuerzungen empor. Das Flammenmeer wuchs, obgleich die Feuerwehr, sowie etwa 20 auswärtige schnell herbeigeeilte Feuerwehren in vollem Umfange ihre Schuldigkeit thaten. Erst am Sonntag früh gegen 6 Uhr konnte die Gefahr als beseitigt angesehen werden. Ein schauriges Bild bot sich dem Auge. 39 Wohnhäuser und viele Scheunen und Stallungen, zusammen etwa 140 Gebäude, lagen in Trümmern. Allerlei Hausgeräth, Balken u. s. w. befanden sich in wildem Chaos durcheinander, dazwischen in den Straßen jammernde Menschengruppen, die ihr Heim und Mobiliar verloren hatten. Verschiedene betroffene Familien hatten nicht verlohren. Durch den Brand sind über 70 Familien obdachlos geworden. Bei den Rettungsarbeiten wurde ein Feuerwehrmann erheblich verletzt. Am Sonntag mußte infolge des Brandunglücks der Gottesdienst ausfallen. Ueber die Entstehungsurache des Brandes ist noch nichts Bestimmtes ermittelt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 24. August 1892.

** Graf v. Fabricé, Premier-Lieutenant im Thüring. Infanterie-Regiment Nr. 12, ist zum überzahligen Rittmeister befördert.

** Im „Tivoli“ fand am Montag Abend eine außerordentliche Generalversammlung des Bürgervereins für sädtische Interessen statt. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden begrüßt, ertheilte derselbe zunächst dem Schriftführer zur Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung das Wort. Derselbe erstattete hierauf Bericht über die in den sechs Vereinsversammlungen des laufenden Jahres gefaßten 12 Beschlüsse und deren theilweise Erledigung. Eine sich hieran knüpfende Interpellation aus der Mitte der Versammlung betr. der noch unerledigten resp. bis jetzt unbekanntwordenen gebliebenen Eingaben an hiesige Behörden v. veranlaßte den Vorsitzenden zu der Mittheilung, daß der Vorstand beabsichtigt, demnächst wegen dieser Sachen bei den zuständigen Stellen Anträge zu halten. Ein längerer Meinungsaustausch über die Bösung am Eingange der Leipzigerpromenade längs des Bürgergartens schloß mit der Annahme des Antrages, nach Jahresfrist die Angelegenheit, falls sie bis dahin nicht erledigt sein sollte, wieder in Erinnerung zu bringen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, betr. die Erhöhung des Jahresbeitrages, erstattete der Vorsitzende Bericht über den Kasienbestand des Vereins, der bei einer Einnahme an Beiträgen von 107 Mitgliedern in Höhe von 53,50 Mk. und einer Ausgabe von 33,85 Mk. am Ende des Monats Juni nur noch 18,65 Mk. aufweist. Er beantragte im Anschluß hieran zur Befreiung der weiteren Anforderungen an die Vereinskasse eine Extrasteuer von 50 Pf. für jedes Mitglied. Ein Antrag auf dauernde Erhöhung der Mitgliederbeiträge mußte mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Statuts als für jetzt unzulässig abgewiesen werden und gelangte hierauf der Antrag des Vorsitzenden fast einstimmig zur Annahme. Eine längere und ziemlich erregende Debatte verurteilte der letzte Punkt der Tagesordnung, betreffend die Reinigung der Geisel und der Glia. Vom Referenten wurde der infolge der wochenlangen trockenen Witterung eingetretene Uebelstand, daß nachts und an Sonntagen die Geisel kein Wasser führt und die Glia sogar schon seit Wochen völlig trocken liegt und nur noch als Abfluß überfließender Abwässer aus den anliegenden Straßen und Grundstücken dient, in gebührender Weise beleuchtet und die Gefahren geschildert, welche dieser für die Anwohner fast untrügeliger Zustand beim Ausbruch einer epidemischen Krankheit herbeizuführen geeignet sei. Die in Betracht gezogenen Mittel zur Abhilfe (Ueberbrückung der Geisel resp. muldenförmige Applikation des Bettes derselben) würden erhebliche Kosten verursachen, so daß die billigste Beseitigung der Calamität nur in einer gründlicheren und öfteren Reinigung gefunden werden könne. Die Geisel werde bei einer jährlich zweimaligen, die Glia bei einer jährlich einmaligen Reinigung die jetzt so lästigen Ausdünstungen verlieren. Von anderer Seite wurde es als dringend wünschenswert bezeichnet, das Wasser des Gotthardsteiches bereits einem Reinigungsprozeß zu unterwerfen, der sich durch Staumwehr oberhalb des Teiches und Leitung der Gewässer über die ausgebehten, mit Röhren und Schilf behandelten Planflächen mit geringem Aufwande herbeiführen ließe. Die Sumpfpflanzen würden die Desinfizierung des durch Fabrikschlamm verunreinigten Geiselswassers in ausreichender und zweckdienlicher Weise ausführen. Mit besonderem Nachdruck betonte ein anderer Redner, daß in der Zeit, in welcher der Dammwüller kein Wasser fließen läßt, entweder durch benachbarte Hydranten oder das vom Kaiser Friedrich-Thurm herabfließende Abflußrohr eine wenigstens den Schlamm bedeckende Menge Leitungswasser durch das Geisel- und Gliabett geführt werden müsse. Man brauche ja in solcher Nothlage das Wasser nicht anderwärts nutzlos abfließen zu lassen. Schließlich wurde der Antrag: „Den Magistrat zu bitten, eine sofortige regelmäßige Spülung der Geisel und Glia und spätestens im Herbst eine gründliche Reinigung beider Wasserbetten vornehmen zu lassen“, einstimmig angenommen. — Eine im Fragekasten vorgeschene Frage wurde für die nächste Versammlung zurückgelegt und eine directe Anfrage betr. der jetzt sehr notwendigen Revision der Höfe und Dünnergärten dahin beantwortet, daß die Polizeibeamten bereits Anweisung in dieser Richtung erhalten haben. Gegen 3^{1/2} Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

** In Halle starb am Montag früh 1/5 Uhr nach längerem Leiden im Alter von 58 Jahren der Lehrer an der sädtischen Knaben-Bürgerschule Friedrich Franke. Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der, durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten seines Amtes und besetzt von lebhaftem Gefühl für die Interessen des Lehrerstandes, seinen Schülern ein treuer Erzieher und Leiter, seinen Amtsgenossen ein wackerer Mitarbeiter an dem Werke der Hebung des Lehrerstandes war. Ferner sei noch des Verstorbenen langjährige Thätigkeit auf einem anderen

Gebiete rühmend hervorgehoben, durch die er auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist: wir meinen seine Bemühungen um die Pflege des Männergesanges. Als musikalischer Leiter des Sängerbundes an der Saale, welches Amt er länger als 25 Jahre führte, hat er es verstanden, das Interesse am deutschen Gesange stets rege zu halten und durch engen Zusammenschluß der einzelnen Vereine zu einem Ganzen zu kräftigen und weiter zu verbreiten, so daß sein Name mit dem Aufschwunge des Sängerbundes in unserer Nachbarstadt und ihrer Umgebung stets untrennbar verknüpft sein wird.

** Nachdem sich die Temperatur am Sonntag und Montag auf erträglicher Höhe gehalten, brachte uns der geringe Dienstag in den Mittagstunden wieder 26,6 Grad R. (= 33 Grad Celsius) Schattwärme. Wie am Montag, so ließ sich auch gestern in den ersten Nachmittagsstunden der Donner eines entfernten Gewitters vernehmen, das leider wiederum an unseren leuchtenden Fluten vorüberzog. Der Nachmittagssturm richtete infolge der hohen Wärmegrade in unseren sädtischen Schulen aus.

** Laut der im Amtsblatt der königl. Regierung hierseits veröffentlichten Nachweisung der auf Grund des Gesetzes vom 14. Mai 1885 den Communalverbänden des Regierungsbezirks Merseburg aus den landwirthschaftlichen Zöllen des Etatsjahres 1891/92 überwiesenen Beträge erhält der Kreis Merseburg diesmal 192146 Mark. Einen höheren Betrag, nämlich 217417 Mk. erhält nur der Mansfelder Ceireis, wogegen alle übrigen Kreise unseres Regierungsbezirks niedrigere Beträge beziehen. Die geringsten davon sind die für die Kreise Liebenwerda, Schweinitz und Naumburg, nämlich 77634, 76132 und 67208 Mk. Im ganzen Regierungsbezirk Merseburg gelang es an die vorhandenen 17 Kreise 2380941 Mk. zur Verteilung.

** Nach einem Rund-Erlasse des Ministers des Innern vom 15. Mai an die königl. Ober-Präsidenten in Betreff der Porto-Angelegenheiten der Standesämter sind die Standesämter Staatsbehörden, auch wenn die Geschäfte von Gemeindebeamten wahrgenommen werden. Sie haben daher ihre Postsendungen zu frankiren nach den für jene maßgebenden Vorschriften, insbesondere müssen sie portofrei zur Absendung bringen alle Postsendungen an die Staatsbehörden anderer Bundesstaaten. Das bei den Standesämtern entfallende Porto gehört zu den sädtischen Kosten, welche von den Gemeinden zu tragen sind; von den Betschlichen kann Ertrag nur in den Fällen der §§ 27 und 47 des Reichsgesetzes vom 6. Febr. 1875, vorerwähnte Erlegung aber in seinem Falle verlangt werden. Die Ersuchen um Bewirkung des Ausganges von Aufgebots sind von den Standesämtern an die Gemeindebehörden unmittelbar zu richten. Wenn die Gemeindebehörden auch nicht verpflichtet sind, ihre Postsendungen an die Standesämter zu frankiren, so erscheint die Frankirung doch dringend erwünscht.

** Da der Begriff „Lohnzahlung“ bei der Invaliditäts- und Altersversicherung mehrfach falsch ausgelegt worden ist, so muß festgelegt werden, das unter Lohnzahlung im Sinne des § 109 des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 jede Barzahlung zu verstehen ist. Die Duitungsart muß daher stets mindestens diejenige Vertragsart enthalten, die bis zum Tage der Barzahlung fällig geworden sind, gleichviel, ob es sich um eine nach Termin festgesetzte Lohnzahlung oder die Zahlung eines Vorstufes auf den Jahresverdienst unter Vorbehalt der endgültigen Abrechnung handelt.

** Eingetragene Genossenschaften unterliegen der Gemeindebesteuerung — und nach dem neuen Einkommensteuergesetz auch der Staatseinkommensteuer — nur dann, wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. Diese Voraussetzung trifft, wie das Verwaltungsgericht jetzt entschieden hat, nicht schon dann zu, wenn die Genossenschaft mit Fremden überhaupt irgendwelche Rechtsgeschäfte schließt, wenn also z. B. ein Vorstufverein von Fremden verzinsliche Einlagen annimmt, um sich den erforderlichen Betriebsfonds zu beschaffen. Ein Hinausgehen des Geschäftsbetriebes einer eingetragenen Genossenschaft über den Kreis der Mitglieder liegt vielmehr erst dann vor, wenn auch Nichtmitgliedern die Theilnahme an den eigentlichen Vereinsarbeiten gestattet wird.

** Die Händler mit Zeitungen auf den Bahnhöfen hatten angenommen, daß ihr Betrieb unter das Verkehrsrecht falle und daß somit an Sonntagen und Festtagen der Verkauf der Zeitungen auf den Bahnhöfen freigegeben sei. Dies ist jedoch nicht der Fall; denn nach einer den Zeitungsbehörden zugegangenen amtlichen Mittheilung dürfen dieselben auch an Sonntagen nur fünf Stunden ihr Gewerbe ausüben. Wie verlautet, werden die von der Entscheidung Betroffenen dagegen Berufung einlegen.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

§ Dürrenberg, 20. Aug. Was man noch vor wenigen Tagen erhofft, ist zur Thatsache geworden, die Zahl der Babegäste hat das erste Tausend überschritten. In der letzten Kurliste sind bereits 1029 Personen verzeichnet, und bei der für Abend sehr günstigen Witterung steht auch noch ein hoher Zuwachs zu erwarten. Freilich paßt diese jetzt hersehende trodene Wärme nicht für Jedermann, am wenigsten wohl für den Landwirth, der nach wohlgeborgener guter Ernte nun wieder zu weiterer Feldarbeit auch Regen braucht. (L. B.)

§ Im Schachtloch bei Teuditz erkrank am Sonntag Vormittag der Bäckergehilfe Grothe aus dem benachbarten Dorfe Rauen.

Patent-Liste der Erfinder aus der Provinz Sachsen und Thüringen.

Witzgeheilt durch das Patent-Bureau von Otto Wolff in Dresden.

(Abkürzungen dieser Zeitung: B. Bureau freie Ansicht über Patent, Marken und Witzsch.)

Angemeldet von: Aug. Hünerbin in Dörfert bei Duedlinburg: Kraftsammler an Antriebsvorrichtungen für Fuhräder. — Wilhelm Grim in Nersleben bei Neudietendorf: Unergaßung. — Rudolf David in Sondershausen: Abtritt mit selbstthätiger vierfacher Reinigungs- und Desinfections-Vorrichtung. — Carl Schinger in Halle: Vorrichtung zum Sammeln und periodischen Ableiten einer bestimmten Wassermenge.

Ertheilt an: B. Hädrich in Eilenburg: Permanente Heißwand für Ringöfen. — R. Wiedling in Sondershausen: Verschluß für Conservenbüchsen und andere luftdicht zu verschließende Gefäße. — Herrmann & Frisch in Halle: Vorrichtung zum selbstthätigen Feststellen der Glieder von Gelenkmaschinen. — Dr. S. Precht in Neu-Stäfffurt: Apparat zur Bestimmung des specifischen Gewichtes von Gasen. — D. Heylandt in Halle: Treigehilfmaschine. — Salbergwerk Neu-Stäfffurt in Ederberg: Verfahren zur Herstellung wetterbeständiger Platten, Ziegel und dergl. aus Magnesacement. — Firma W. Küht & Schilling in Meißel: Fahrabgloste mit auswärtsbarem Klöppel.

Uebertragen an: Firma Difer & Werneburg in Halle: Nr. 63716; Regulirbahn für Dampfheizungen.

Vermischtes.

* (Sehend eingemauert und verbrannt.) In Wartzberg im Märkthal wurde bei der Reinigung und Ausbesserung der Feuerungsstände im Werke der Firma Vogel aus Reichen O. der Arbeiter Pachter eingemauert. Nach zwei Tagen wurde dessen Fehlen bemerkt. Sogleich wurde das Feuer gelöscht, die Mauer wurde angebrochen und die verlohene Leiche Pachter's gefunden. Ausgebrodene Ziegel bewiesen, daß Pachter vergebliche Anstrengungen machte, ins Freie zu gelangen. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

* (Seltene Naturerscheinung.) Bei Koterbrunn (Kreis Spriatun) befindet sich im größ. Dolmen'schen Waldrevier eine rund 4000 Morgen große Thalfenklung, die sich in periodischen Zeiträumen von etwa 30 Jahren in einen See zu verwandeln pflegt. Gegenwärtig fällt sich das Wasser wieder. Bereits die Hälfte ist wieder mit Wasser bedeckt und ist stetig fortschreitende Umnahme leicht zu erkennen. Die Spahnulde besitzt schönen Kiefernwald, der verloren sein dürfte.

* (Distanzfahrt Berlin-Wien.) Die Berliner Radfahrer beabsichtigen aus Anlaß des bekannten Distanzritzes eine Distanzfahrt auf ihren Rädern von Berlin nach Wien, und zwar gleichzeitig mit den Offizieren zu unternehmen. Die Berliner Radfahrer haben eine Eingabe an den Vorstand des Deutschen Radfahrerverbandes gerichtet, damit dieser ein bezügliches Rennen öffentlich ausrichte. Wenn diese Ausrichtung nicht erfolgt, werden sich einige Radfahrer dieselbe Tour fahren, jedoch ein interessanter Vergleich zwischen der Leistungsfähigkeit eines Radfahrers und eines Reiters auf bestreutem Pferde erhalten wird. (Kratenausbruch.) Bei Mata, einer Station der transtauischen Bahn, bildete sich am 7. Aug. Nachm. ein Krater, der anfänglich eine Menge Asche und Schlamm auswarf, dessen Tätigkeit dann aber bis gegen 10 Uhr abends immer schwächer wurde. Schließlich, um 2 Uhr nachts, begann der Auswurf wesentlich verhäuft zu nemem. Der vulkanische Schlamm thürmte sich zu 60 m Höhe bei einer Breite von 140 m auf. Der Ausbruch dauert fort.

* (Die Hohenlohe'sche Erbschaft.) Der Statthalter von Vöhringen, Fürst von Hohenlohe, ist jüngst nach Wina gereist. Es handelt sich dabei um die Regelung der Hohenlohe'schen Erbschaft, worunter man den Verkauf der umfangreichen Güter, welche dem Fürsten Hohenlohe oder richtiger seiner Gattin, geb. Prinzessin Wittgenstein, durch Erbschaft zugefallen sind. Diese Güter sind größtentheils in den Gouvernements Wina und Wines, sowie in den benachbarten Landbeständen gelegen. Bei dem Uebergange dieser Wittgenstein'schen Aegenschaften an die Familie Hohenlohe machte die russische Regierung zur Bedingung, daß die genannte Familie in den russischen Unterthanenverband übertreten müsse. Da dieses, sowie jedes andere Abkommen sich nicht verwirklichen ließ, so blieb kein anderer Ausweg übrig, als die ganze Hohenlohe'sche Erbschaft an eingeborene Russen zu verkaufen. Für die Durchführung dieses langwierigen Vorganges ist f. Z. eine verhältnißmäßig lange Zeitdauer festgesetzt worden, welche erst 1894 abläuft. Die ursprüngliche Absicht der russischen Regierung war, daß dieser große Grundbesitz an einzelne Bauern oder Bauerengemeinden parzellenweise verkauft werde. Diese Absicht ging bisher nicht Erfüllung, der Verkauf gestaltete sich sehr schwierig und und das meiste bisher verkaufte Land ging in die Hände von Großgrundbesitzern über. Den Verkauf leitete unter Aufsicht der russischen Regierung der vom Fürsten Hohenlohe eingesetzte Verwalter Schnapp, welcher über den bisherigen Verlauf der Verkaufsangelegenheit jüngst folgenden Bericht erstattet hat: Dieser sind ungefähr 600,000 Desjatina Landes verkauft, während das ganze zum Verkauf bestimmte Areal 856,000 Desjatina ausmacht, so daß noch 256,000 Desjatina zum Verkauf anstehen. Der Schlusstermin für den ganzen Verkauf ist auf den 8. April 1894 festgesetzt. Die Regelung dieses Besitztums wird in Russland als eine der schwierigsten Staats- und Rechtsfragen betrachtet und beschäftigt andererseits die russischen Rechtsgelehrten und Staatsmänner.

* (Eisenbahn-Attraction.) Eine ungewöhnliche Eisenbahnstation hatte eben der letzte Personenzug verlassen, als zwei Reisende noch des Weges kamen. Sie suchten um alle Welt nach nach Hause; zu Fuß war es bis dahin immerhin fünf Stunden. Witzend wandelte sie sich an den Stationsvorstand, er sollte ihnen die Möglichkeit verschaffen, mit dem in zwei Stunden ankommenden Güterzuge weiterfahren zu dürfen, obwohl jede Personenzugfahrt hierbei geltend gemacht werden würde. Nach vielen Rücksichtnahmen erklärte ihnen der Stationsvorstand, daß sie die Tage eines Viehwagens besetzen sollten, dann sei die Möglichkeit der Weiterbeförderung noch gegeben; der eine sei Begleiter, der andere werde als Schafe in den Viehförderungsgeigen eingetragen. Womit beide denn auch einverstanden waren. Die Gebühren wurden bezahlt und die Vorbereitungen zum Einsteigen des Wagens in den Güterzug getroffen. Als dieser ankam und der Schaffner die übliche Agentencontrole vornahm, fragte er den englischen Reisenden nach dem Diefen. Der britische Reisende erklärte sich inquirierend aus der hinteren Wagendecke und unter herzlichem Gelächter der Beamten wurde der Wagen in den Zug eingekuppelt.

* (Ueber den jüngst erwähnten geheimnißvollen Transport von 20 Millionen Dollars) aus dem Gewölbe des Unterhagams in San Francisco nach dem Orien wird noch Folgendes gemeldet: Das Geheimniß hinsichtlich dieses Transportes war so weit gewahrt worden, als über die Wege, über welche derselbe erfolgte, und über den Ort, wohin derselbe gebracht wurde, irreführende Meldungen verbreitet waren. Der Transport wurde nämlich nicht über die Southern, sondern über die Central-Pacificbahn geleitet und das Gold war nicht nach Washington, sondern nach Newyork bestimmt, wo es denn auch am Dienstag voriger Woche unter der Bedeckung von fünfzig mit Winkelhörnern bewaffneten Polizisten und Eisenbahn-Polizisten wohlbehalten eintraf und der Wagen nach dem Gewölbe des Vizepräsidenten Unterhagams gebracht wurde. Mit der Ablieferung der eingetragenen Millionen waren awangig Vollgelde des Unterhagams beschlagnahmt und hatten eine volle Woche zu thun, bis jedes einzelne Stück durchgezählt und als vollständig befunden war.

* (Eine große Reihe von Feuersbrünsten.) die wahrscheinlich in Folge der herrschenden Hitze eine gewaltige Ausdehnung nahmen, ist in den letzten Tagen zum Ausbruch gekommen. In Wodnian in Böhmen wurden am Sonntag 28 Häuser durch eine Feuersbrunst in Asche gelegt. — In Mitternede in der Landwehr'schen Stadt sind in der Nacht zum Montag 12 Gebäude niedergebrennt. Durch eine Feuersbrunst am Sonntag Abend angebrochene Feuersbrunst ist in St. Pölten im Schwarzthal ein Theil des alten Marktes zerstört worden. Das Hauptgebäude einschließlich des neuen Marktes ist vollständig erhalten. Der Betrieb wird keine Unterbrechung erfahren. — Am Montag Morgen zerstörte in Kahlja eine Feuersbrunst das Hotel „Zum Löwen“, die Holzrennpostelle und vier Wohnhäuser nebst Hintergebäuden in der Nähe des Rathhauses. Einige andere Gebäude wurden beschädigt. Das Rathhaus selbst ist erhalten geblieben.

* (Am Uetna) hat sich zwischen dem ersten und zweiten Krater eine neue Öffnung gebildet, aus welcher schwarzer Rauch in Masse hervorkommt.

* (Revolveraffäre.) In der Gewerkschaftsstellung in Harburg schoß ein Baumrentner in Gegenwart seiner Frau mit einem Revolver auf eine junge Kellnerin. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst. Die Kellnerin wurde, da die Wirkung der Kugel durch das Corsett abgebeigmet worden, nur leicht verwundet. Der Mörder hat sich eine tödtliche Wunde beibringt. Er wurde sofort verhaftet.

* (Seltene Erscheinung.) In einem kleinen Annand, die auf etwas großen Hügel lag, in einem Thale übermachtet, bürstet sie ihre Erntestellen selbst ab. Dem Hausrecht hat sie ein Paar eigenes zu diesem Zweck mitgeführte viel kleinere Exemplare vor die Thüre gestellt.

* (Auf dem Kaiserhofe.) Unteroffizier: „Was sind Sie in Ihrem Beruf?“ Reutur: „Brotrechner.“ Unteroffizier: „Sagen wir auf gut Deutsch Bierbrauer.“

* (Witzweib.) „Wissen Sie, daß man den Handel nicht mehr in Genuß nehmen kann?“ — „Wieso?“ — „Weil er von Ringen umgeben ist.“

* (Unverwundlich.) Gientenant eine Statistit durchlesen: „Achtundsechzig gelegenes Jahr gewesen, richtig, bin ja auch in dem Jahre geboren!“ (Auf. Bl.)

Militärisches.

* Deutschland. Die großen Flottenübungen werden in der nächsten Woche beginnen. Sie sollen in diesem Jahre nach einem umfassenderen Programme als im Vorjahre abgehalten werden, nicht nur die Flotte selbst, sondern ein großer Theil der Flotte soll als Manövergegend dienen. Es handelt sich nicht nur um Seemannsübungen, sondern gleichzeitig auch um Küstenverteidigungs-Übungen. Die Flotte selbst wird in Kriegsberühmung geübt werden. Es wird erwartet, daß die Matrosen-Artillerie am 22. d. M. den Eingang zum Kielhafen durch eine Minenperre schließen wird. In diesen Tagen werden in der Wafel-Bucht seitens der 1. Marine-Abtheilung Sprengungsübungen mit schwarzen Minen vorgenommen werden. Bei Friedrichsort werden Versuche im Minenlegen gemacht. Hier Minenleger sind in Thätigkeit, dazu kommen noch zwei in Danzig für die Manöverzeit gedachte Dampfer, „Reichig“ und „Emil Nider“, die als Minenfahrzeuge Verwendung finden sollen.

Gerichtsverhandlungen.

— Berlin, 23. August. Ein Akt der Noth, der beinahe ein Menschenleben gekostet hätte, fand gestern vor dem hiesigen Schöffengericht eine sehr nachdrückliche Abhandlung. Der wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagte Kellner Giedelowsky war eines Nachts in der Gegend der Linien-

straße mit anderen Personen in Streit getathen, zu dessen Schlichtung der Gefeuer Schöbler, welcher mit mehreren Bekannten auf dem Feiwage begriffen war, sich in die Nähe der Streitenden stellte. Diese Dufenschnittlinge brachte aber den Angeklagten in eine hochgradige Wuth, die sich ausschließlich gegen den gutmüthigen Schöbler richtete. Er fiel über denselben her und bearbeitete ihn mit dem Stock und schließlich mit dem Messer so unumstößlich, daß Sch. blutüberströmt bewußlos zu Boden sank. Der Zustand des Schwerverletzten war ein so beorgnisserregender, daß man denselben mittels Krankenwagens nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus in der Hamburgerstraße schaffen mußte. Dort hat sich derselbe einer schwierigen und mehrwöchigen Intercurie unterzogen und mehrere Wochen auf dem Krankenbette ausdauern müssen. Nach der Verheilung des ihm behandelnden Unfallarztes Dr. Anner ist es fast als ein Wunder zu betrachten, daß Sch. das Leben gerettet worden ist. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof ging über dieses Strafmaß noch hinaus und verurtheilte den Messerhändler zu drei Jahren Gefängnis.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Ein junger französischer Historiker, Ferdinand Lot, erörtert die Frage der Reform des französischen Unterrichtswesens in einer umfangreichen Broschüre, welche auch für Deutschland von Interesse ist. „In dem Maße, in welchem ich die Organisation der französischen Facultäten genauer kenne“, heißt es S. 8 — „und sie mit der fremden, namentlich der deutschen Universitäten verglich, hat sich mir die trostlose Veröfentlich unserer Schicksale und die niederbelegende Ueberlegenheit Deutschlands nach und nach aufgedrängt. Die wissenschaftliche Begonomie Deutschlands in allen Zweigen der Wissenschaft ohne Ausnahme ist gegenwärtig von allen civilisirten Völkern allein allein in einer so notorischen Thatsache, daß Deutschland allein allein in der Wissenschaft nicht mehr producirt als der ganze übrige Rest der Welt. Seine Ueberlegenheit in den Wissenschaften bildet das Hindernis zu der Engländer auf den Gebieten des Handels und der Seefahrt. Vielleicht ist sie verhältnißmäßig noch größer.“

Jahrplan vom 1. Mai 1892.

Abgang von Merseburg in der Richtung:
Nach Halle: 4 U. 9 M. (Cour.-Z.), 4 U. 54 M., zur
Wochentags, 6 U. 31 M.* (1.—4. Kl.), 8 U. 33 M.,
(Schnellz.), 1.—3. Kl.), 10 U. 5 M.* (1.—4. Kl.), 8 M.,
12 U. 39 M.* (1.—4. Kl.), 2 U. 31 M.* (2.—4. Kl.),
4 U. 38 M.* (1.—4. Kl.), 4 U. 58 M. (Schnellz.), 8 M.,
7 U. 58 M.* (1.—4. Kl.), 9 U. 19 M. (Schnellz.), 1.—3.
Kl.), 10 U. 12 M.* (2. u. 3. Kl.) zur Com. u. Feiertags,
10 U. 41 M.* (1.—4. Kl.) Abds., 11 U. 38 M. (Schnellz.),
1.—3. Kl.)
(Die mit * bezeichneten Züge halten in Ammendorf an.)

Anschläge:

Halle—Berlin: 12 U. 13 M. Nachts (1.—4. Kl.), 3 U.
46 M. (Schnellz.), 4 U. 30 M. (Schnellz.), 7 U. 25 M.,
8 U. 58 M. (Schnellz.), 11 U. 8 M., 1 U. 40 M., 5 U.
19 M. (Schnellz.), 5 U. 34 M. (1.—4. Kl.), 8 U. 11 M.
(Schnellz.), 8 U. 35 M. (1.—4. Kl.), 9 U. 40 M. Abds.,
(Schnellz.)
Halle—Leipzig: 2 U. 42 M. Nachts, 4 U. 31 M., 5 U.
45 M. (Schnellz.), 7 U. 45 M., 7 U. 34 M. (Schnellz.), 9 U.,
10 U. 10 M., 10 U. 10 M. (Schnellz.), 11 U. 40 M.,
11 U. 40 M., 3 U. 55 M., 4 U. 30 M., 10 U. 21 M.,
5 U. 23 M. (Schnellz.), 6 U. 10 M., 6 U. 30 M., 7 U. 7 M.,
8 U. 30 M., 9 U. 5 M., 10 U. 56 M. (Schnellz.) Abds.,
11 U. 50 M.
Halle—Magdeburg: 6 U. 46 M., 7 U. 15 M., 9 U.
52 M., 10 U. 48 M., 11 U. 31 M. (Schnellz.) 8 M.,
1 U. 26 M., 3 U. 13 M., 5 U. 41 M., 6 M.,
30 M., 7 U. 2 M., 8 U. 33 M., 10 U. 25 M. (Schnellz.)
11 U. 55 M. Abds.
Halle—Nordhausen: 5 U. 15 M., 6 U. 46 M., 8 U.
57 M., 10 U. 41 M. (Schnellz.) 8 M., 1 U. 28 M.,
2 U. 5 M., 5 U. 50 M., 6 M., 9 U. 30 M., 10 U. 21 M.,
(Schnellz.) Abds., 11 U. 36 M. Abends, bis Eisenfeld.
Halle—Hallestadt: 5 U., 7 U. 45 M., 11 U. 35 M.,
8 M., 1 U. 18 M. (Schnellz.), 3 U. 5 M., 6 U. 8 M.,
8 M., 9 U. 45 M. Abds.
Halle—Guben: 7 U. 40 M., 11 U. 30 M. 8 M., 1 U.
31 M., 8 M., 7 U. 4 M. (Schnellz.), 10 U. 58 M. Abds.
Nach Weippenfels: 1 U. 32 M. Nachts (1.—4. Kl.), 6 U.
6 M. (1.—4. Kl.), 6 U. 22 M. (Schnellz.), 1.—3. Kl.),
7 U. 40 M. (2. u. 3. Kl.) zur Com. u. Feiertags, 7 U.
55 M. (Schnellz.), 1.—3. Kl.), 11 Uhr 4 Min. (1.—4. Kl.),
11 U. 40 M. (Schnellz.) 8 M., 1 U. 18 M. (2.—4. Kl.),
2 U. 33 M. (1.—4. Kl.) 8 M., 5 U. 59 M. (Schnellz.)
1.—3. Kl.), 6 U. 14 M. (Schnellz.), 1.—3. Kl.), 7 U.
1 M. (1.—4. Kl.), 9 U. 46 M. Abends (1.—4. Kl.),
11 U. 44 M. Nachts (Cour.-Zug).

Anschläge:

Corbetha—Leipzig: 4 U. 1 M. (Schnellz.), 4 U. 15 M.,
6 U. 19 M., 8 U. 30 M. (1.—3. Kl.), 9 U. 52 M. 8 M.
(1.—4. Kl.), 12 U. 33 M., 4 U. 31 M., 4 U. 52 M.
(Schnellz.) 8 M., 7 U. 33 M., 9 U. 27 M. (Schnellz.)
1.—3. Kl.), 9 U. 53 M. (2. u. 3. Kl.) zur Com. u.
Feiertags, 10 U. 31 M. Abds., 11 U. 25 M. (Schnellz.),
1.—3. Kl.) Nachts.
Weippenfels—Leipz: 7 U., 8 U. 32 M., 11 U. 11 M.
(Schnellz.), 1.—3. Kl.) 8 M., 12 U. 25 M., 4 U. 30 M.,
8 M., 6 U. 39 M. (Schnellz.), 1.—3. Kl.), 11 U. 15 M. Abds.
Naumburg—Herrn: 5 U. 33 M., 9 U. 5 M. 8 M.,
19 U. 44 M., 2 U. 18 M. zur Com. u. Feiertags bis
Freyburg, 3 U. 39 M. 8 M., ebenfo, 8 U. 5 M., 11 U.
11 M. Abds.
Neu-Dietendorf—Herrn: 2 U. 20 M. Nachts, 6 U.
37 M., 8 U. 45 M., 10 U. 31 M. 8 M., 12 U. 42 M.
(Schnellz.), 2 U. 48 M., 4 U. 37 M. 8 M., 6 U. 44 M.,
8 U. 32 M., 11 U. 7 M. Abds.
Gotha—Herrn: 7 U. 5 M., 10 U. 20 M. 8 M., 12 U.
45 M., 3 U. 5 M. 8 M., 6 U. 43 M., 8 U. 20 M.,
10 U. 5 M. Abds.
Merseburg—Mücheln:
16 Merseburg: 6 U. 45 M., 7 U. 8 M. 8 M.,
12 U. 43 M., 2 U. 37 M. 8 M., 11 U. 5 M. 8 M.,
5 M., Montags bis Freitags, 10 U. 44 M. Abends,
zur Sonnabends, Sonn- und Feiertags,
16 Mücheln: 5 U. 17 M., 9 U. 8 M., 11 U. 55 M.
8 M., 1 U. 36 M., 3 U. 27 M. 8 M., 5 U. 25 M. Abds.

Redaction, Druck und Verlag von H. W. Henschel in Merseburg.

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Freitag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Beamten. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 167.

Mittwoch den 24. August.

1892.

Für den Monat September werden Abonnements
auf den

„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 40 resp. 42 Pfg. von allen Post-
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Die Ansprache des Kaisers und die Militärvorlage.

Das der Kaiser am Donnerstag nach der Berliner
Herbstparade eine Ansprache an die Generale und
andere höhere Offiziere gerichtet hat, in der er sich
auch über die in den letzten Monaten viel besprochene
Militärvorlage, die zweijährige Dienstzeit und die
Compensationen bei Einführung derselben geäußert
hat, unterliegt keinem Zweifel. Leider aber fehlt es
bisher an einer authentischen Wiedergabe der offenbar
für weite Kreise bestimmten Ansprache. Nach der
ersten Angabe der „Nat.-Ztg.“ hätte der Kaiser er-
klärt, alle Gerüchte über die bevorstehende Einführung
der zweijährigen Dienstzeit seien unbegründet; er wolle
lieber eine kleinere Armee mit längerer Dienstzeit als
eine größere mit einer kürzeren. Obgleich die
„Kreuzzeit.“ diese Angabe in der Hauptsache bestätigen
zu können glaubt, scheint doch die „Post“ das Richtige
getroffen zu haben, indem sie bemerkt, die Mitteilung
der „Nat.-Ztg.“ sei mit großer Vorsicht aufzunehmen.
Zunächst brachte die „Verl. Vorf.-Ztg.“ eine Version,
nach der der Kaiser die Aufrechterhaltung der beste-
henden Armeeorganisation als bei der außerordentlich
friedlichen Weltlage unbedenklich bezeichnet hätte, eine
Äußerung, die mit einer prinzipiellen Ablehnung
der zweijährigen Dienstzeit nicht in Einklang zu bringen
ist. Denn wenn eine kleinere Armee mit längerer
Dienstzeit einer größeren mit einer kürzeren aus rein
militärischen Gründen vorgezogen werden muß, so
kommt die friedliche Weltlage gar nicht in Betracht.
Inzwischen wird eine neue Version bekannt, welche
diesen Widerspruch und noch manchen anderen löst.
Wie dem „Hamb. Corr.“ mitgeteilt wird, ging die
Äußerung des Kaisers über die Dienstzeit dahin, daß
er, so lange der Reichstag zu großen mili-
tärischen Bewilligungen nicht bereit sei,
an dem bewährten System seines Großvaters nicht
rütteln lassen wolle. In diesem Zusammenhang erklärt
sich der Hinweis auf die außerordentlich friedliche
Weltlage, weshalb der Kaiser den jetzigen Zustand,
obgleich er denselben als einer Verbesserung bedürftig an-
sieht, für zureichend erachtet, falls der Reichstag die
in Aussicht genommenen großen Compensationen bei
Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen
nicht oder wenigstens nicht in dem erwünschten Um-
fange gewährt. Ist diese Meldung zutreffend, so ge-
winnt die Ansprache des Kaisers eine ganz andere
Bedeutung. Ablehnen kann der Reichstag die bei
Einführung der zweijährigen Dienstzeit verlangten
Compensationen nur, wenn dieselben von ihm in
einer Regierungsvorlage gefordert werden. In dem
Augenblick aber, wo der Kaiser den Generalen gegen-
über die Frage aufwirft, ob der Reichstag eine solche
Vorlage annehmen werde oder nicht und was im
letzteren Falle zu thun sein würde, muß der Beschluß,
diese Vorlage alsbald an den Reichstag zu bringen,
feststehen. Darnach wäre also die Einbringung der
neuen Militärvorlage, welche unter Abänderung des
Wehrgesetzes die Dienstzeit für die Fußtruppen generell
auf zwei Jahre herabsetzt und „die großen militärischen
Bewilligungen“, die nach der Auffassung der Militär-
verwaltung in Folge der Herabsetzung der Dienstzeit
notwendig sind, verlangt, schon in der nächsten
Sesssion zu erwarten. Es wird also Sache des Reichs-
tages sein, zu erwägen, ob die wirtschaftlichen Vor-
theile der zweijährigen Dienstzeit, die Herr v. Bennig-
sen f. J. als ungenehmer populär bezeichnete, große
militärische Mehrforderungen aufwiegen. Welches
sind diese Compensationen? Bei der Beratung der

Windthorst'schen Resolutionen in der Sitzung vom
24. Januar 1890 erklärte der Reichskanzler zu der
Resolution, welche die Regierung auffordert, die ge-
seßliche Ermäßigung der Dienstzeit bei den Fußtruppen
in Erwägung zu nehmen: „Aus den Erörterungen,
die darüber stattgefunden haben, wird, glaube ich,
auch der begeisterte Schwärmer für die zweijährige
Dienstzeit doch die Ueberzeugung gewonnen haben,
daß die Sache ihre zwei Seiten hat. Schon die eine
Seite — daß sie nicht mal für alle Waffen durch-
führbar ist — denn das erkennen Sie auch selbst an,
daß wir einige Waffen kurz, andere Waffen länger
dienen lassen müßten — ist eine im höchsten Grade bedenk-
liche. Selbst wenn man der 2-jährigen Dienstzeit
zweigt, muß man zugeben, daß da Konsequenzen
auf diesem Boden entstehen können, die sich noch
gar nicht absehen lassen. Es gibt zweifellos Sol-
daten, die die volle 2-jährige Dienstzeit, also 24 Mo-
nate, actio bei der Fahne auch für die Fußtruppen
dem jetzigen Zustande vorziehen möchten. Wir haben
jetzt eine ungleiche und zum Theil längere Dienstzeit,
behaftet mit allen Mängeln, die dem Dispositions-
unlauterthum anhaften, behaftet mit Ersatzreserven.
Ich glaube, wenn eine zweijährige Dienstzeit voll ge-
führt werden würde, man würde
mancher
Worten:
über 22 1/2
die bisher
Monate.
jetzt 10
einer Dien-
ensationen
bekanntem
Einzelnen
eine Ver-
eintreten
mpagnie,
tailonen;
Übungs-
ung des
hrung der
berechnete
Millionen
bei Ein-
wendigen
sten, der
angeplage
ens 110
es un-
hrend der
zweijährigen Dienstzeit ein Ende zu machen, wodurch
eine weitere Erhöhung der Reserveneinfstellungen not-
wendig würde. Zweifellos ist das Maß der großen
militärischen Mehrforderungen hiermit noch nicht er-
schöpft. Sind doch in der Presse die jährlichen
Wehrausgaben der neuen Militärvorlage auf nicht
weniger als 63 Mill. Mk. berechnet worden. Worauf
besteht Berechnung im Einzelnen beruht, ist uns nicht
bekannt. Wie man sich erinnert, war auch von einer
erheblichen Vermehrung der Feldartillerie (um 60
Batterien) die Rede. In wie weit diese und andere
Forderungen mit der zweijährigen Dienstzeit im Zu-
sammenhang stehen, entzieht sich unserer Kenntnis.
In dieser Hinsicht also wird man die Einbringung der
Vorlage im Reichstage abwarten müssen oder
jedenfalls eingehendere Mittheilungen, als bisher an
die Öffentlichkeit gelangt sind.

Politische Ueberblick.

Die Einbringung der österreichisch-unga-
rischen Delegationen nach einer Meldung
der „Polit. Corresp.“ zum 1. October nach Pest
erfolgen. — Die Differenzen zwischen Oester-
reich und dem Vatikan scheinen in der That
in das Stadium des gütlichen Ausgleichs gelangt zu
sein. Die Meldung des Triester Blattes „Piccolo“,
wonach der Kaiser von Oesterreich in dieser Angelegen-

heit ein versöhnliches Schreiben an den Papst gerichtet
haben sollte, hat sich allerdings nicht bestätigt. Da-
gegen hat man sich im Vatikan entschlossen, mildere
Seiten aufzuziehen. Der österreichisch-ungarische Bot-
schafter beim Vatikan, Graf Revertea, welcher am
Sonntag einen zweimonatlichen Urlaub antrat,
wurde vorher in besonderer Audienz vom Papste em-
pfangen, dem er die Glückwünsche zu seinem Namens-
tage darbrachte. Der Papst war sehr freundlich und
sprach die Hoffnung aus, daß die kirchlichen Angelegen-
heiten Oesterreich-Ungarns bald zur beiderseitigen
Zufriedenheit sich klären werden.

Der russische Finanzminister Wschne-
gradski wird nun doch auf seinem Posten ver-
bleiben. Bisher wurde allgemein angenommen,
Wschnegradski werde zurücktreten und an seine
Stelle der bisherige Verkehrsminister Witte treten.
Gutem Vernehmen nach ist indes jetzt in einer
Audienz, welche der Kaiser am Sonnabend dem
Finanzminister Wschnegradski erteilte, über das
Demissionsgesuch des Letzteren dahin entschieden wor-
den, daß Wschnegradski Finanzminister
bleibt, von den bisher vom Finanzminister resor-
tierenden Departements aber dasjenige der Zölle, sowie
diesemigen für Handel und Manufakturen und für
Eisenbahnangelegenheiten an den Vizever-
kehrsministeriums Witte abtritt. Witte würde, wie
verlautet, zum Minister für Handel und Communi-
cationen ernannt werden.

Die Entsendung französischer Kriegs-
schiffe behufs Aethelahme an der Columbus-
feier in Genua war der italienischen Regierung
seitens Frankreichs bereits vor einigen Wochen amt-
lich mitgeteilt worden. Der Marineminister Dur-
beau hat nunmehr bestimmt, daß die erste Division des
Mittelmeergeschwaders, bestehend aus den Panzer-
schiffen „Formidable“, „Admiral Baudin“, „Courbet“
und dem Kreuzer „Cosmao“, unter dem Commando
des Viceadmiral Kleiner nach Genua abgehen soll,
um daselbst vom 8. bis 10. September zur Be-
grüßung des Königs Humbert anwesend zu sein.
Der Mißerfolg des franko-russischen Wohl-
thätigkeits-Comitees ist ein geradezu ver-
nichtender. Der Arbeitsminister Viere hat dem
Comitee des franko-russischen Wohlthätigkeitsfestes
eine weitere Benutzung des Tuilerien-Gartens nicht
bewilligt, weshalb dasselbe Sonntag Abend geschlossen
wurde. Das Fest schließt mit einem Defilé ab,
welches etwa 100 000 Francs beträgt. — Obliga-
torischer Unterricht im Russischen ist, wie
der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, vom französischen
Unterrichtsminister Bourgeois für die französischen
Gymnasien mit Beginn des neuen Schuljahres
verfügt worden. In Rußland wird man diesen Akt
der Freundschaft nach Gebühr zu schätzen wissen.

Als dem neuen englischen Cabinet wird
gemeldet, daß Gladstone London bereits am Sonn-
abend verlassen hat. Der Minister des Auswärtigen,
Lord Rosebery, empfing am Sonnabend dem Her-
kommen beim Amtsantritt eines neuen Ministers in
dieser Stellung gemäß das diplomatische Corps.

Ein interessantes Interview Stambulows
veröffentlicht der „Figaro“, worin es heißt: Stam-
bulow habe die von der „Swoboda“ publizierten Do-
kumente für echt erklärt und geäußert, daß bald
weitere erbauliche Schriftstücke dieser Art
veröffentlicht werden würden. Das bul-
garische Volk theile seine Anschaungen, weil es
seine Unabhängigkeit von Rußland bedroht fühle.
Vor zwei Jahren habe er bei Rußland die offizielle
Anerkennung Bulgariens nachgesucht. Der Journalist
Tatitschew habe ihm darauf folgende Bedingungen
überbracht: In der Politik russische Inspiration, an
der Spitze der Armee russische Offiziere und eine
russische Flotte in Burgas. Er, Stambulow, habe
geantwortet: Dann bliebe dem Zaren nur übrig, auch
die bulgarischen Steuern selbst einzuziehen.

Neue Konflikte sind zwischen der argentin-
ischen Volksvertretung und der Regierung
ausgebrochen. Bei der Beratung des Marinegesetz-